65. Jahrgang. № 115. Mittwoch, 9. März 1921.

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M.
Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 37 mm breite Zeile 2 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25%. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer 30 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**Blesch-Weinstuben** Prager Straße
Täglich: Künstler-Konzert
Gute Küche / Gutgepflegte Weine / Spez.: „Bleschplatte".

**ERNST LANGE**
Koffer- und Taschenfabrik
jetzt: Pirnaischer Platz Tel. 19170 und 16284

**Kaffee Kasino**
Die beliebten Künstler-Konzerte
Im Trianon: Zierhut-Rudy, Wiener Stimmungssänger zur Zither

**Triumph-Buttermilch-Seife** ist infolge ihrer chem. Zusammensetzung ein unübertroffen. Schönheits- und Toilettemittel.
**Triumph-Buttermilch-Seife** gibt ein jugendfrisch. Aussehen u. ist ihres sparsam. Verbrauches wegen besonders zu empfehlen.
**Triumph-Buttermilch-Seife** ist in jedem besseren Geschäft zum Preise von 4,50 M erhältlich. Hersteller: Wilh. Geisler, Dresden-A. 11, Großbetrieb für Seifen u. moderne Waschmittel.

## Lloyd George über die Zwangsmaßnahmen.

### Die „Vorteile" der wirtschaftlichen Maßnahmen.

**London, 8. März.** Havas. Lloyd George sagte im Unterhause, er habe persönlich von dem nichts zurückzuziehen, was er kürzlich über Simons gesagt habe. Aber er habe zur Schlußfolgerung kommen müssen, daß Simons nicht in der Lage gewesen sei, irgendeinen Vorschlag zu unterbreiten, der von den Alliierten hätte angenommen werden können. Die unbesetzten Städte seien die Hauptzentralen eines äußerst wichtigen Industriebezirks. Lloyd George betonte sodann die Vorteile der wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen, die er bei weitem vorziehe, das wäre die Einziehung von 50 Prozent der deutschen Waren, die in die alliierten Länder exportiert würden. Das Parlament werde sich darüber noch auszusprechen haben. Die Neutralen würden davon unterrichtet werden, daß der springende Punkt für die Regelung des ganzen Verfahrens die Herkunft der Waren sei. Die Neutralen wüßten daher, woran sie sich zu halten hätten und dürften sich nicht darüber beklagen, daß man sie ungerecht behandle.

Das heißt also, daß die Neutralen von England genau wieder derselben Handelskontrolle unterworfen werden, wie während des Krieges. Ob sie sich das gefallen lassen werden?

### „Laßt nur die deutschen Hunde bezahlen!"

**Rotterdam, 8. März.** Aus London wird gemeldet, daß, als gestern Lloyd George erschien, ihm großer Jubel entgegengebracht wurde. Man rief: „Laßt nur die deutschen Hunde bezahlen!" Der Londoner Korrespondent des Amsterdamer „Handelsblad" sagt in einem ausführlichen Telegramm über die Verhandlungen in den letzten Tagen, daß über die geheimen Konferenzen unter den Alliierten offiziell zwar nichts mitgeteilt worden war; man wisse aber doch so viel, daß die Engländer (?!) und die Italiener bis zum letzten Augenblick die größten Anstrengungen gemacht haben, um die Möglichkeit zu einer Einigung mit den Deutschen zu finden, daß dies aber durch die hartnäckige Haltung Briands und besonders Loucheurs unmöglich wurde, und daß Lloyd George sich diesen anschloß. Der belgische Kriegsminister Devere wurde vor seiner Abreise nach London vom König empfangen.

### Ein Aufruf an die besetzten Gebiete.

**Berlin, 8. März.** Die Abgeordneten der besetzten Gebiete haben den folgenden Aufruf an die Bewohner der besetzten Gebiete erlassen: Rheinländer, Rheinhessen, Pfälzer! In ernster entscheidungsschwerer Stunde wenden wir, die in freier Wahl erkorenen Vertreter des rheinischen Volkes im Deutschen Reichstag, uns an Euch. Ihr kennt die Pariser Beschlüsse. Ihr wißt, was ihre Annahme für das deutsche Volk bedeutet: ein Sklavenlos, wie es noch niemals einem großen Kulturvolk aufgebürdet ward. Die Reichsregierung hat diese Forderungen abgelehnt. Hätte sie anders gehandelt, so wäre sie nicht wert, ein Volk zu vertreten, das auch im Unglück nicht vergißt, was es sich seiner Ehre, seiner Zukunft schuldig ist. Sie war bereit, im Namen des deutschen Volkes schwere Lasten zu übernehmen. Was sie in London anbot, war das Höchstmaß dessen, was Deutschland tragen kann. Man hat unser Angebot zurückgewiesen. Man hat sich geweigert, es auch nur zu erwägen. Man appellierte an die Gewalt gegen ein wehrloses Volk, zwei Jahre nach dem Friedensschluß! Ihr kennt die Sanktionen, die Zwangsmaßnahmen, die über uns verhängt sind. Die reden eine deutliche Sprache. Sie enthüllen das letzte und eigentliche Ziel der Ententepolitik. Dieses Ziel ist Deutschlands Zertrümmerung. Aber dieses Ziel wird nicht erreicht werden. Dafür bürgt der gesunde Sinn des deutschen Volkes, sein unzerstörbarer Lebenswille. Das letzte, das einzige was uns geblieben ist, unser deutsches Vaterland, unsere Einheit werden wir uns nicht rauben lassen. Rheinländer, Rheinhessen, Pfälzer! Ihr seid vor allen anderen deutschen Stämmen berufen, der Welt zu zeigen, daß nichts imstande ist, dem deutschen Volk den Willen zur nationalen Einheit, der Reichstreue und Reichsfreudigkeit zu zerstören.

Man will am Rhein eine Zollschranke errichten, um Euch wirtschaftlich von Deutschland abzuschnüren. Die wirtschaftliche Trennung bedeutet den ersten Schritt zur politischen Losreißung, zur Annektion. Eure schöne Heimat, die Perle der deutschen Länder, ist in Gefahr. Das Vaterland kann sie nicht schützen. Ihr allein könnt sie retten. Was auch kommen mag: Wahrt Euer Deutschtum, haltet fest am Reich! Die Augen der Welt sind auf Euch gerichtet. Zeigt ihr, daß deutsche Treue kein leerer Wahn ist, daß Ihr eher alles ertragt, als daß Ihr jemals die Treue brecht. Haltet treue Wacht am deutschen Rhein. Das Vaterland vertraut auf Euch!

Berlin, Reichstag, den 8. März 1921. Die im besetzten rheinischen Gebiet gewählten Reichstagsabgeordneten der Deutschen Demokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Volkspartei, der Sozialdemokratischen Partei, der Zentrumspartei.

### Englische Kanonenboote bei Düsseldorf.

**Düsseldorf, 8. März.** Auf dem Rhein bei Düsseldorf sind vier englische Kanonenboote eingetroffen, die ihre Geschütze auf die Stadt gerichtet haben.

Das Kommando über die alliierten Truppen in Düsseldorf hat der französische General Degoutte. Um 12 Uhr wurden von ihm die Spitzen der Stadtverwaltung und der Staatsbehörden empfangen. In der Mittagsstunde sind noch zwei britische Marinefahrzeuge auf dem Rhein eingetroffen. (W. T. B.)

**Düsseldorf, 8. März.** An einer Besprechung in der Akademie nahmen, wie die Blätter melden, ein französischer und ein belgischer General teil. Der französische General erklärte, daß die Alliierten die Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort nicht als militärische Aktion (?) betrachten, sondern als Aktion der Justiz. (!) Die Regierungsgebäude, das Bezirkskommando und das Kasernenviertel wurden von belgischen Abteilungen besetzt. (W. T. B.)

Das Oberkommando der alliierten Besatzungstruppen hat eine Proklamation erlassen, die u. a. bestimmt: Der Belagerungszustand wird verhängt. Die Ordnung darf unter keinen Umständen gestört werden. Die deutschen Behörden und die öffentlichen Dienststellen werden unter der Kontrolle der Besatzungsbehörden ihren Dienst weiter versehen. Die Beamten bleiben auf ihren Posten. Kein Streik wird geduldet. Jede Person muß ihre Identität nachweisen können. Jeder Auflauf, sowie jede Kundgebung auf der Straße sind untersagt. Private und öffentliche Versammlungen dürfen nur mit Genehmigung des von dem Oberbefehlshaber ernannten Ortsdelegierten stattfinden.

**Duisburg, 8. März.** 7.40 Uhr abends. Um 2 Uhr nachmittags hat die Besetzung der Stadt durch die Franzosen begonnen und ist bisher ohne Zwischenfall verlaufen. Die Post- und Telegraphenämter sind besetzt. (W. T. B.)

### Eine Besetzung Frankfurts?

**Frankfurt a. M., 8. März.** In dem Verhalten der feindlichen Besatzungstruppen in der Nähe Frankfurts ist bisher keinerlei Aenderung zu beobachten. Trotzdem zirkulieren in der Stadt wieder Gerüchte, auch Frankfurt solle wieder besetzt werden, und diesmal von englischen Truppen.

**Mainz, 8. März.** Im besetzten Gebiete machen sich keinerlei Anzeichen einer Erweiterung der Besetzung deutschen Gebietes bemerkbar. Truppenverstärkungen sind weiterhin nicht zu bemerken. Lediglich haben die Bahnhöfe verstärkte Wachen erhalten, auch ist die Paßkontrolle verschärft worden. In Worms sind die Köpfe der Eisenbahnbrücken über den Rhein mit schweren eisernen Gittertüren versehen worden, auch hat man die an und unter den Brücken angebrachten Sprengladungen erneuert.

### Die Abreise der Delegierten.

**London, 8. März.** Die deutsche Delegation hat London um 1 Uhr nachmittags im Sonderzuge verlassen. (W. T. B.)

**London, 8. März.** Doumer verließ heute morgen London mit allen seinen Mitarbeitern. Charles Laurent wird morgen seinen Berliner Botschafterposten wieder antreten. Die belgische Abordnung wird heute abend aus London abreisen. Die französische Abordnung wird Donnerstag oder spätestens Freitag nach Paris zurückkehren. (W. T. B.)

### Eine amerikanische Delegation für London?

**London, 8. März.** Der Berichterstatter der „Daily Mail" telegraphiert unterm 7. März aus Neuyork: Ich glaube zu wissen, daß Präsident Harding endgültig die Entsendung eines Ausschusses von sieben Mitgliedern nach London beschlossen hat, um mit den Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten während des Krieges assoziiert waren, zu prüfen, unter welchen Bedingungen die amerikanische Regierung sich ihnen auch im Frieden anschließen könnte. Elihu Root wurde eingeladen, diesem Ausschuß beizutreten. Falls er die Einladung annimmt, dürfte er den Vorsitz führen.

### Französisch-deutsche Sozialistenberatungen.

**Berlin, 8. März.** Die beiden französischen Sozialistenführer Renaudel und Grumbach, der Herausgeber der „Humanité", befinden sich zurzeit in Berlin, um mit der S. P. D. und der U. S. P. D. Fühlung zu nehmen. Die Aufgabe beider ist, eine Konferenz der sozialistischen Parteien Frankreichs, Englands und Deutschlands vorzubereiten, die eine gemeinsame Regelung des Wiederaufbaues von Nordfrankreich bringen soll. Diese Konferenz soll bereits in allernächster Zeit abgehalten werden.

### Bolschewistische lothringische Bergarbeiter.

**Metz, 8. März.** Die Genossenschaft der Lothringer Bergarbeiter beschloß mit 7428 gegen 728 Stimmen den Anschluß an Moskau. (Da.)

## Völkerrechtlich ein neuer Kriegszustand gegen einen wehrlosen Feind.

Das Recht zertreten durch die Gewalt unter offenem Bruch des Friedensvertrags! Das ist die Lage wie sie in der Proklamation des Reichspräsidenten mit unerbittlicher Schärfe, mit der rücksichtslosen Kraft der Wahrheit gekennzeichnet wird. Und dasselbe hat der Reichskanzler Fehrenbach im Reichstage mit den unverblümten Worten erklärt: „Die Sanktionen sind nichts anderes als Gewaltakten. Die ehrwürdigen Begriffe des Rechtes haben mit solchen Akten nichts zu tun. Es gibt keinen Rechtsboden für die militärischen Maßnahmen, welche die Alliierten jetzt eingeleitet haben, um einseitig geforderte Leistungen von uns zu erzwingen." Es ist von höchster grundsätzlicher Bedeutung, daß dieser Tatbestand gleich von vornherein klar und bestimmt von den höchsten autoritativen Stellen des Reiches festgestellt wird. Dadurch wird jeder Verschleierung und Legendenbildung, wie sie in der Kriegsschuldfrage von unseren Feinden leider mit Erfolg ins Werk gesetzt wurde, wirksam vorgebeugt, und es gilt nun, die vom Reichspräsidenten und dem Reichskanzler unseren Feinden ins Gesicht geschleuderte Anklage festzuhalten, sie weiter auszubauen und im einzelnen zu begründen, damit vor aller Welt das Vorgehen Frankreichs und Englands schwungslos als das enthüllt wird, was es in Wirklichkeit ist: eine kriegsmäßige Handlung mitten im Frieden, die Begründung eines neuen Kriegszustandes gegen einen vorher nach allen Regeln der Kunst zur angeblichen Sicherung des Friedens entwaffneten Feind.

Die Zwangsmaßnahmen die gegen Deutschland im Falle der Nichterfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage zur Anwendung gebracht werden können, werden geregelt in § 18 der Anlage II zu Teil VIII Abschnitt I über die Wiedergutmachungen. Der § 18 lautet: „Die Maßnahmen, zu denen die alliierten und assoziierten Regierungen, falls Deutschland vorsätzlich seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, berechtigt sind und die Deutschland sich verpflichtet, nicht als feindselige Handlungen zu betrachten, können in wirtschaftlichen und finanziellen Sperr- und Vergeltungsmaßregeln, überhaupt in solchen Maßnahmen bestehen, welche die genannten Regierungen als durch die Umstände geboten erachten." Auf Grund dieses Paragraphen ergeben sich zwei Fragen: 1. Wann sind Zwangsmaßnahmen überhaupt berechtigt? und 2.: Wie steht es insbesondere mit der Besetzung weiterer deutschen Gebiets? Aus dem Wortlaut geht klar hervor, daß zu Zwangsmaßnahmen nur geschritten werden darf, wenn eine Verletzung der von Deutschland durch den Friedensvertrag übernommenen Pflichten vorliegt, und auch nur, wenn es dabei sich um eine „vorsätzliche" Verletzung handelt. Kann also Deutschland infolge wirtschaftlicher Leistungsunfähigkeit den übertriebenen Anforderungen des Vertrages nicht gerecht werden, so dürfen korrekterweise deswegen keine Zwangsmaßregeln ergriffen werden und in jedem Falle liegt den Feinden die Beweislast dafür ob, daß auf deutscher Seite das Moment der Vorsätzlichkeit vorhanden ist. Dieser Punkt ist befremdlicherweise bei den bisherigen Erörterungen über den § 18 in der Oeffentlichkeit noch gar nicht hervorgehoben worden, und es hat auch bis jetzt jeder angebliche Hinweis darauf bei den Konferenzen und im diplomatischen Notenaustausch gefehlt. Im übrigen muß, wenn der § 18 in Anwendung kommen soll, eine Durchbrechung des Friedensvertrages vorliegen. Wie steht es nun aber mit dieser Voraussetzung in dem Londoner Fall? Nach dem Friedensvertrage Art. 235 soll Deutschland vom 1. Mai 1921 ab seine gesamte Schuld in einem Zeitraum von 30 Jahren tilgen. In London wollte man uns aber jährliche Ratenzahlungen über einen Zeitraum von 42 Jahren hin mit einem um 76 Milliarden erhöhten Gesamtbetrage auferlegen, also die Vorschrift des Friedensvertrages wesentlich abändern, und zur Erzwingung dieser neuen, im Friedensvertrag nicht begründeten Regelung bedrohte man uns mit der Besetzung weiterer deutscher Gebietsteile. Das war eine handgreifliche Rechtsverletzung. Wollten Lloyd George und Gefolgschaft gesetzlich verfahren, so hätten sie nach unserer Ablehnung der 42 Jahresraten sich auf den Vertrag zurückziehen und abwarten müssen, ob wir noch Fortsetzung der Gesamtschuld und der 30 Jahresraten zahlten oder nicht. Statt dessen drohte man uns mit Zwangsmaßnahmen, um von uns die Beugung unter einen neu aufgezwungenen Willkürakt zu erzwingen. Damit war der Rechtsboden des Versailler Vertrags schon grundsätzlich verlassen.

Zu der grundsätzlichen Rechtsbeugung wurde nun aber noch der weitere besondere Rechtsbruch gefügt, daß man zu einer Maßregel griff, die auf Grund der in § 18 in Aussicht genommenen Zwangsmaßnahmen überhaupt nicht in Frage kommen kann. Wenn der § 18 bestimmt, daß die Zwangsmaßnahmen, zu denen die Alliierten für den Fall der Rückständigkeit Deutschlands mit seinen Leistungen im